Stadt Alfeld (Leine)

- Der Bürgermeister -

Alfeld (Leine), 29.07.2019

Amt: Bürgermeister
AZ: BGM

Vorlage Nr. 275/XVIII

Beschlussvorlage	Gleichstellungsbeauftragte
öffentlich	☒ beteiligt ☐ nicht beteiligt

Beratungsfolge	Termin
Jugend- und Sozialausschuss	15.08.2019
Verwaltungsausschuss	20.08.2019
Rat der Stadt Alfeld (Leine)	22.08.2019

Gewährung von Zuschüssen für Schaffung und Erhalt von Tageseinrichtungen für Kinder

Nach dem seit dem 01.01.2019 geltenden neuen KITA-Vertrag sind ergänzende Regelungen zur Gewährung von Zuschüssen des Landkreises an den investiven Kosten für die Gemeinden für den Bau und den Erhalt von Tageseinrichtungen für Kinder zu treffen gewesen. Der Landkreis Hildesheim hat hierüber in seiner Kreistagssitzung am 27.06.2019 beschlossen. Insofern wird auf den beglaubigten Auszug des Tagesordnungspunktes 5, der als Anlage I beigefügt ist, Bezug genommen.

Hierzu sind Gespräche und Verhandlungen auf Verwaltungsebene im sogenannten „Arbeitskreis Finanzen“ zwischen dem Landkreis Hildesheim und den Gemeinden geführt worden.

Im Rahmen von weiterführenden Gesprächen, insbesondere mit der Gruppe SPD/CDU des Kreistages konnte sodann in der Bürgermeisterkonferenz am 13.06.2019 weitestgehend Einvernehmen erzielt werden.

Hierüber wurde seitens des Bürgermeisters mehrfach ausführlich in den entsprechenden Ausschusssitzungen unterrichtet.

Als Anlage II ist die von der Beschlussfassung des Kreistages vom 27.06.2019 umfassten „Grundsätze des Landkreises über die Gewährung von Zuschüssen zur Schaffung und Erhalt von Tageseinrichtungen für Kinder“ beigefügt.

Diese Regelung lässt sich durch folgende Eckpunkte zusammenfassen:

- Ziel ist es, dass der Landkreis Hildesheim grundsätzlich 55 Prozentpunkte von dem Anteil der zuwendungsfähigen Kosten, der nach Abzug aller Landes- und sonstigen Drittmitteln verbleibt, trägt.
- Für nicht geförderte Maßnahmen erhöht sich dieser Quotient auf 57,5 Prozentpunkte.

- Gefördert werden die erforderlichen Maßnahmen zur Schaffung und für den Erhalt von Plätzen in Kindergärten, Krippen, Kinderspielkreisen und Kinderhorten.
- Investitionen sind Neubauten, Erweiterungsbauten und Grundsanierung sowie Einrichtung und Erstattungen für den Betrieb.
- Einzelne Maßnahmen müssen dem festgelegten Bedarf an Plätzen entsprechen.
- Antragsberechtigt sind Gemeinden und freie Träger.
- Die Voraussetzungen für eine Betriebserlaubnis der Einrichtung müssen vorliegen.
- Antragsteller müssen Grundstückseigentümer sein oder eigentumsähnliche Rechte für mind. 25 Jahre besitzen. Es gelten die landesrechtlichen Fristen für Anträge.
- Fördergrundsätze gelten für Maßnahmen ab dem 01.01.2019.
- Zuwendungen, die auf Anträgen auf 2018 beruhen oder für die bereits in 2018 nach den bisherigen (alten) Fördergrundsätzen Bewilligungen ausgesprochen wurden, werden nach den neuen Grundsätzen aufgestockt.

Haushaltswirtschaftliche Auswirkungen:

Eine exakte Berechnung, inwieweit sich die entsprechenden Grundsätze positiv auf die Haushaltslage der Stadt Alfeld (Leine) auswirken können, hängen nachvollziehbarer Weise von den genaueren Planungen und Ausschreibungsergebnissen ab. Daneben sind die in den neuen Grundsätzen genannten baufachlichen Expertisen zur Angemessenheit zu berücksichtigen. Weiterhin sind die Investitionen in Ausführung und Abrechnung in der jetzigen Planungsphase nicht genau den Haushaltsjahren zuzurechnen. Sanierungsmaßnahmen werden vom Umfang her noch zu ermitteln sein.

Schlussendlich muss man aber davon ausgehen, dass in der Vergangenheit auch unter Berücksichtigung der Landesmittel für geförderte Maßnahmen und der Mittelansätze für nichtgeförderte Maßnahmen die Stadt Alfeld (Leine) in der Regel ca. 60% der anfallenden Kosten eigenständig getragen hat.

Insofern ist -natürlich immer projektbezogen- davon auszugehen, dass sich bei der benannten Quotierung von 55 Prozentpunkten Übernahmepflicht durch den Landkreis nach Abzug aller Landkreis- und sonstigen Drittmitteln bei förderungsfähigen Bauten und bei 57,5 Prozentpunkten Kostenübernahmeanteil des Landkreises bei nichtförderungsfähigen Bauten, eine deutliche Reduktion der Kosten für die Stadt Alfeld (Leine), die auch auf den Haushalt durchschlagen werden, ergibt.

Ausdrücklich darauf hingewiesen werden muss, dass im Rahmen der Fachexpertisen die Thematik der Angemessenheit der Kosten eine nicht unwesentliche Rolle spielt. Das heißt, alle investiven Maßnahmen, die seitens der Stadt Alfeld (Leine) beschlossen werden und über den angemessenen Maßstab hinausgehen, müssen insofern, was den überspringenden Betrag angeht, vollständig durch den Haushalt refinanziert werden.

Da noch keine grundsätzlichen Erfahrungswerte, denn konkrete Richtlinien, seitens des Landesgesetzgebers diesbezüglich vorliegen, muss das Verfahren abgewartet werden. Entscheidend ist aus Sicht der Verwaltung aber, dass hier nicht mehr die Entscheidung durch die Landkreisverwaltung getroffen wird, sondern vielmehr der Jugendhilfeausschuss des Landkreises schlussendlich über die entsprechenden Vorhaben, die Angemessenheit und die Förderungsfähigkeit entscheiden wird.

Aus diesen Gesichtspunkten heraus empfiehlt die Verwaltung entsprechend der Beschlussfassung des Kreistages vom 26.07.2019, dem Rat der Stadt Alfeld (Leine), das Einvernehmen zu den Grundsätzen zu erklären.

Beschlussvorschlag für den Rat der Stadt Alfeld (Leine):

Der Rat der Stadt Alfeld (Leine) erklärt zu den als Anlage beigefügten Grundsätzen gegenüber dem Landkreis Hildesheim sein Einvernehmen.

Der Bürgermeister wird beauftragt, entsprechende Erklärungen abzugeben.

Anlagenverzeichnis:

Anlage I
Anlage II